



INHALTSVERZEICHNIS

*(durch Klicken auf einen Unterpunkt des Inhaltsverzeichnisses
gelangen Sie an die entsprechende Stelle im Amtsblatt)*

Prüfung zur Erlangung der ersten Jagdkarte	2
Marktordnung der Landeshauptstadt Graz 1988, Änderung	3
Voranschlag 2013	4
Voranschlag 2014	5
3.21 Flächenwidmungsplan 2002 der Landeshauptstadt Graz, 21. Änderung 2013, Entwurf	6
4.0 Stadtentwicklungskonzept der Landeshauptstadt Graz.....	22
Am Josefbach 32, Erklärung eines Naturschutzgebietes.....	23
Impressum	26

A2-5/2013-2

KUNDMACHUNG

Gemäß § 2 Abs. 1 der Verordnung der Stmk. Landesregierung vom 23.11.1964, LGBl. Nr. 356/1964 idF der Verordnung LGBl. Nr. 47/2001 wird kundgemacht, dass die

Prüfung zur Erlangung der ersten Jagdkarte

Anfang Juni 2013 für Personen, die ihren Wohnsitz in der Stadt Graz haben, abgehalten wird.

Ansuchen um Zulassung zu dieser Prüfung müssen spätestens am 31.05.2013 beim Magistrat Graz, BürgerInnenamt, 8010 Graz, Schmiedgasse 26, Z. Nr. 315, wo auch die Antragsformulare mit einer genauen Information aufliegen, einlangen.

Der Bürgermeister:

Mag. Siegfried Nagl

A2/6-K2/2012-2

VERORDNUNG
des Stadtsenates der Landeshauptstadt Graz, mit der die

Marktordnung der Landeshauptstadt Graz 1988

abgeändert wird:

Der Stadtsenat der Landeshauptstadt Graz hat in seiner Sitzung am 24. Mai 2013 gemäß § 61 Abs 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967 idF LGBl. Nr. 8/2012 folgenden Beschluss gefasst:

Die zuletzt mit Beschluss des Stadtsenates vom 5.4.2013, GZ A2/6 - K 1/2010-4, geänderte „Marktordnung der Landeshauptstadt Graz 1988“ wird wie folgt geändert:

Artikel I

In § 4 Abs 1 Z 1 wird nach Satz 3 folgender Satz eingefügt:

Im Zusammenhang mit sicherheitstechnischen Überlegungen ist es im öffentlichen Interesse notwendig, dass für die Veranstaltung „Grazer Stadtfest“ am 1.6.2013 und 2.6.2013, die Marktzeiten auf dem als Marktgebiet ausgewiesenen Teil des Hauptplatzes von Freitag, dem 31.05.2013 ab 13.00 Uhr bis Montag, dem 3.6.2013 bis 5.00 Uhr, aufgehoben werden.

Artikel II

Diese Verordnung tritt mit dem ihrer Kundmachung folgenden Tag in Kraft tritt mit 3.6.2013 ab 5.00 Uhr automatisch außer Kraft.

Der Bürgermeister:

Mag. Siegfried Nagl

A 8-9550/2012-18

KUNDMACHUNG

*gemäß § 101 des Statutes der Landeshauptstadt Graz
(LGBI. Nr. 130/1967 idF LGBI. Nr. 8/2012)*

Voranschlag 2013

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 16. Mai 2013 den Voranschlag 2013 genehmigt und dabei unter anderem beschlossen, folgende Abgaben mit Wirkung vom 1. Jänner 2013 wie folgt zu erheben:

Grundsteuer:

Hebesatz 500 v.H. für land- und forstwirtschaftliche Betriebe und 500 v.H. für Grundstücke.

Gewerbsteuer für Resteingänge:

Hebesatz 172 v.H. des einheitlichen Steuermessbetrages (Abschaffung des Gewerbsteuergesetzes 1953 mit 31.12.1994).

Der Bürgermeister:

Mag. Siegfried Nagl

A 8-22111/2013-4

KUNDMACHUNG

*gemäß § 101 des Statutes der Landeshauptstadt Graz
(LGBI. Nr. 130/1967 idF LGBI. Nr. 8/2012)*

Voranschlag 2014

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 16. Mai 2013 den Voranschlag 2014 genehmigt und dabei unter anderem beschlossen, folgende Abgaben mit Wirkung vom 1. Jänner 2014 wie folgt zu erheben:

Grundsteuer:

Hebesatz 500 v.H. für land- und forstwirtschaftliche Betriebe und 500 v.H. für Grundstücke.

Gewerbesteuer für Resteingänge:

Hebesatz 172 v.H. des einheitlichen Steuermessbetrages (Abschaffung des Gewerbesteuer-gesetzes 1953 mit 31.12.1994).

Der Bürgermeister:

Mag. Siegfried Nagl

A14-18683/2013-1

KUNDMACHUNG

3.21 Flächenwidmungsplan 2002 der Landeshauptstadt Graz

21. Änderung 2013 – Entwurf

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz hat in seiner Sitzung am 16. Mai 2013 die Absicht beschlossen, den 3.0 Flächenwidmungsplan der Landeshauptstadt Graz zu ändern und den Entwurf zum 3.21 Flächenwidmungsplan – 21. Änderung 2013 gemäß § 38 Abs 1 des Steiermärkischen Raumordnungsgesetzes 2010 idF LGBl. Nr. 44/2012 zur allgemeinen Einsicht öffentlich aufzulegen.

Die Änderungen beziehen sich auf nachfolgend beschriebene und grafisch dargestellte Flächen (IST- und SOLL-Zustand im Maßstab 1:5000)

1) A 14-K-757/2002—1227, 1228

Neuseiersbergerstraße – Aufhebung des Aufschließungsgebietes

Grdstke. 244/4, 255/1, KG Straßgang

Die bisher als Gewerbegebiet - Aufschließungsgebiet, BD 0,2-1,5 ausgewiesenen Grundstücke werden auf einer Fläche von ca. 0,91 ha in **vollwertiges Bauland – Gewerbegebiet, BD 0,2-1,5** und auf einer Fläche von ca. 0,14 ha in **Verkehrsfläche** überführt.

1a) A 14-K-757/2002—1227, 1228

Neuseiersbergerstraße – Änderung Deckplan 1 Entfall der Bebauungsplanpflicht

Für die im Punkt 1 genannten Grundstücke 244/4, 255/1, KG Straßgang entfällt die Pflicht zur Erstellung einer Bebauungsrichtlinie bzw. eines Bebauungsplanes.

2) A 14-K-757/2002-1135

Mühlgangweg – Erschließungsstraße

Grdstk. 2627/2, KG Jakomini

Eine bisher im Allgemeinen Wohngebiet gelegene Verkehrsfläche wird in ihrer Abgrenzung geändert und in einer Breite von 6,0m als „**Verkehrsfläche – Gemeindestraße**“ dargestellt.

2a) A 14-K-757/2002-1135

**Mühlgangweg – Änderung Deckplan 1
Entfall der Bebauungsplanpflicht**

Grdstke. 2160, 2161, 2162, 2699/8 und 2699/30, KG Jakomini

Für die oben angeführten Grundstücke entfällt die Pflicht zur Erstellung eines Bebauungsplanes.

3) A 14-K-757/2002-1217

**Bootshaus an der Mur, Stützpunkt der
Gewässeraufsicht und Ruderclub - Murfelderstraße**

T.v. Grdstk. 339 und 341, KG Murfeld

Eine bisher als "Freiland – landwirtschaftlich genutzt" ausgewiesene Fläche bzw. als "Öffentliches Wassergut" ersichtlich gemachte Fläche wird im Ausmaß von 0,045 ha in "**Freiland – Sondernutzung Gewässeraufsicht (GwA)**" und im Ausmaß von ca. 0,14 ha in "**Freiland - Sondernutzung Sport (Spo)**" geändert.

4) A 14-K-757/2002-1214

Kleingartenanlage – Salfeldstraße

T.v. Grdstk. 90/1, KG Webling

Eine bisher als "Freiland Sondernutzung öffentliche Parkanlage" ausgewiesene Fläche von 0,24ha wird in "**Freiland Sondernutzung Kleingartenanlage**" überführt.

5) A 14-K-757/2002-1230

**St. Leonhard – Änderung Deckplan 1
Bebauungsplanpflicht**

Grdstke. 333 u.a., KG St. Leonhard

Für eine im Allgemeinen Wohngebiet, BD 0,2-1,2 gelegene Fläche von 0,78ha wird die Pflicht zur Erstellung eines Bebauungsplanes aus Gründen der „Sicherstellung einer geordneten Siedlungsentwicklung“ verordnet.

6) A 14-K-757/2002-1232

**Köstenbaumgasse – Änderung Deckplan 1
Bebauungsplanpflicht**

Grdstke. 1423/1 u.a., KG Gries

Für ein ca.ha großes Gebiet, bisher bebauungsplanpflichtig aus Gründen des Schutzes von Innenhöfen und Vorgärten wird künftig die Bebauungsplanpflicht aus Gründen der „Sicherstellung einer geordneten Siedlungsentwicklung“ verordnet. Dies gilt auch für den Bereich zwischen der Brückengasse und dem Mühlgang (Grundstück 1416/1 u.a., KG Gries).

7) A 14-K-757/2002-1229

**Entfall der Bebauungsplanpflicht bei Tiefgaragen
Änderung des Verordnungswortlautes**

Der Verordnungswortlaut zum 3.0 Flächenwidmungsplan idF 3.20 wird in § 4 – Baulandzonierung wie folgt geändert:

Abs. 1, 3. Satz: „Für Zubauten und Tiefgaragen ist nach § 40 Abs 8 StROG 2010 ein städtebaulich-raumplanerisches Gutachten erforderlich“.

Abs. 2: Nach der Wortfolge „... bei Zubauten“ wird das Wort „Tiefgaragen“ eingefügt.

Abs. 3: Die Wortfolge „... bzw. eine Bebauungsrichtlinie gem. § 27 Stmk. ROG“ entfällt.
Abs. 4: entfällt.

8) A 14-K-757/2002-1231

**Anpassung der Baugebiete an die neue
Gesetzeslage gemäß StROG 2010**

Dem Verordnungswortlaut zum 3.0 Flächenwidmungsplan der Landeshauptstadt Graz idF 3.20 werden nach § 16 folgende Paragraphen angefügt:

§ 17

„Kerngebiete, Einkaufszentren 1 und 2, Gewerbegebiete, Industrie- und Gewerbegebiete wurden im Rahmen des 3.06 Flächenwidmungsplan 6. Änderung 2006, gemäß den Beschlüssen des Gemeinderates vom 10. November 2005 und 30. März 2006, rechtswirksam mit 1.6.2006 an die Gesetzeslage gemäß Stmk. ROG 1974 idF LGBL. 13/2005 angepasst. Das Planwerk wurde entsprechend geändert“.

§ 18

„Für alle Baugebiete die nicht im § 17 der Verordnung zum 3.0 Flächenwidmungsplan idF 3.20 erfasst sind, gelten die Bestimmungen der §§ 30 und 31 StROG 2010, LGBL. 49/2010.

§ 19 Schlussbestimmungen – werden unverändert beibehalten

9) A 14-K-757/2002—1238

**Anpassung des Deckplanes 1 – Baulandzonierung
an die neue Gesetzeslage gemäß StROG 2010**

Bisher mit der Pflicht zur Erstellung von Bebauungsrichtlinien in Industrie- und Gewerbegebieten zur Sicherstellung einer geordneten Siedlungsentwicklung erfasste Flächen (blau umrandet) werden mit der Pflicht zur Erstellung eines Bebauungsplanes versehen (rot umrandet). Rechtswirksame Bebauungsrichtlinien bleiben davon unberührt mit Ausnahme der Bebauungsrichtlinie 05.01.1 die durch den 3.20 FWLPL aufgehoben und durch die Bebauungsplanpflicht ersetzt wird. Die Gebiete für Bebauungsrichtlinien im Grüngürtel und im Murraum entfallen und werden nicht mehr dargestellt.

**10) A 14-K-757/2002- 1092, 1094, 1097 „Smart City Projekt - Graz Mitte“ –
Waagner-Biró-Straße**

Die Abgrenzung der zur Änderung vorgesehenen Teilbereiche ist in der angeschlossenen Planbeilage dargestellt.

a) Teilbereich A - NORD/ OST:

Grdste Nr. 1187, 1188/1, 1188/2 und 1189 sowie T.v. Grdste Nr. 1184/1, 1184/2, KG 63104 Lend

Die bisher als „Industrie- und Gewerbegebiet 1“, BD 0,2 - 2,5 ausgewiesenen Flächen von insgesamt ca. 2,65 ha östlich der Waagner-Biro-Straße und südlich der Peter-Tunner-Gasse werden als „Kerngebiet“ - **Aufschließungsgebiet, BD 0,5 - 2,0** festgelegt.

Im nördlichen Bereich dieser Flächen wird als Verbindung eine Fläche von ca. 0,04 ha als **„Verkehrsfläche, überlagert mit Kerngebiet, BD 0,2 – 2,0“** festgelegt. Die von einer Baulandnutzung freizuhaltende Lichtraumhöhe der Verkehrsfläche wird mit mind. 7,5 m festgelegt.

Als **Aufschließungserfordernisse** werden festgelegt:

- Anbindung an das öffentliche Straßen- und Wegenetz (insbesondere an das hochrangige Straßennetz L333, L333c, B67)
- Innere Erschließung (Verkehr und technische Infrastruktur)
- Prüfung der, vom Straßenverkehr ausgehenden Lärmbelastung und Ausführung von aktiven und/ oder passiven Lärmschutzmaßnahmen
- Prüfung der, von der ÖBB-Bahntrasse ausgehenden Lärmbelastung und Ausführung von aktiven und/ oder passiven Lärmschutzmaßnahmen
- Prüfung der, von den gegenüber liegenden Gewerbebetrieben ausgehenden Lärmbelastung und Ausführung von aktiven und/ oder passiven Lärmschutzmaßnahmen

Aufgrund des öffentlichen Interesses wird festgelegt (Umsetzung im Bebauungsplan):

- Bebauungsplanpflicht gemäß § 29 Abs 3 Z 3 StROG 2010
- Maßnahmen zur Förderung der Sanften Mobilität gemäß § 29 Abs 3 Z 2 StROG 2010 entsprechend den Vorgaben des „Smart City Projekt Graz Mitte“
- Einhaltung der Sicherheitsabstände zur ÖBB-Bahntrasse gemäß Eisenbahngesetz
- Erstellung eines Bodengutachtens mit Sanierungskonzept - Erfordernis der Bodensanierung bzw. der fachgerechten Deponierung von Aushubmaterial (entsprechend den Vorgaben des Umweltbundesamtes)

b) Teilbereich B - öffentliche Parkanlage:

T.v. Grdste Nr. 1184/1, 1184/2, KG 63104 Lend

Eine bisher als „Industrie- und Gewerbegebiet 1“, BD 0,2 - 2,5 ausgewiesene Fläche von ca. 0,55 ha östlich der Waagner-Biro-Straße wird in **„Freiland - Sondernutzung öffentliche Parkanlage/ Spielplatz/ Energieversorgungsanlage“** geändert.

In West-Ostrichtung wird ein Geh- und Radweg in ungefährer Lage dargestellt.

c) Teilbereich C - MITTE/ WEST:

T.v. Grdst Nr. 1184/2, KG 63104 Lend

Eine bisher als „Industrie- und Gewerbegebiet 1“, BD 0,2 - 2,5 ausgewiesene Fläche von ca. 0,26 ha wird in **„Industrie- und Gewerbegebiet 1“, BD 0,2 - 2,0** mit zeitlich nachfolgender Nutzung **„Kerngebiet“ - Aufschließungsgebiet, BD 0,5 - 2,0** geändert. Als Eintrittszeitpunkt für die zeitliche nachfolgende Nutzung wird die Aufgabe der betrieblichen Nutzung, spätestens jedoch der 01.01.2017 festgelegt.

Als **Aufschließungserfordernisse** werden festgelegt:

- Anbindung an das öffentliche Straßen- und Wegenetz (insbesondere an das hochrangige Straßennetz L333, L333c, B67)
- Prüfung der, vom Straßenverkehr ausgehenden Lärmbelastung und Ausführung von aktiven und/ oder passiven Lärmschutzmaßnahmen
- Prüfung der, von der ÖBB-Bahntrasse ausgehenden Lärmbelastung und Ausführung von aktiven und/ oder passiven Lärmschutzmaßnahmen
- Prüfung der, von den gegenüber liegenden Gewerbebetrieben ausgehenden Lärmbelastung und Ausführung von aktiven und/ oder passiven Lärmschutzmaßnahmen

Aufgrund des öffentlichen Interesses wird festgelegt (Umsetzung im Bebauungsplan):

- Bebauungsplanpflicht gemäß § 29 Abs 3 Z 3 StROG 2010
- Maßnahmen zur Förderung der Sanften Mobilität gemäß § 29 Abs 3 Z 2 StROG 2010 entsprechend den Vorgaben des „Smart City Projekt Graz Mitte“
- Erstellung eines Bodengutachtens mit Sanierungskonzept - Erfordernis der Bodensanierung bzw. der fachgerechten Deponierung von Aushubmaterial (entsprechend den Vorgaben des Umweltbundesamtes)
- Gestaltung eines öffentlich zugänglichen Platzes gemäß Rahmenplan

d) Teilbereich D - MITTE:

T.v. Grdst Nr. 1184/2, KG 63104 Lend

Eine bisher als „Industrie- und Gewerbegebiet 1“, BD 0,2 - 2,5 ausgewiesene Fläche von ca. 0,96 ha östlich der Waagner-Biro-Straße wird in „**Kerngebiet**“ - **Aufschließungsgebiet, BD 0,5 - 2,0** geändert.

Als **Aufschließungserfordernisse** werden festgelegt:

- Anbindung an das öffentliche Straßen- und Wegenetz (insbesondere an das hochrangige Straßennetz L333, L333c, B67)
- Innere Erschließung (Verkehr und technische Infrastruktur)
- Prüfung der, vom Straßenverkehr ausgehenden Lärmbelastung und Ausführung von aktiven und/ oder passiven Lärmschutzmaßnahmen
- Prüfung der, von der ÖBB-Bahntrasse ausgehenden Lärmbelastung und Ausführung von aktiven und/ oder passiven Lärmschutzmaßnahmen
- Prüfung der, von den gegenüber liegenden Gewerbebetrieben ausgehenden Lärmbelastung und Ausführung von aktiven und/ oder passiven Lärmschutzmaßnahmen

Aufgrund des öffentlichen Interesses wird festgelegt (Umsetzung im Bebauungsplan):

- Bebauungsplanpflicht gemäß § 29 Abs 3 Z 3 StROG 2010
- Maßnahmen zur Förderung der Sanften Mobilität gemäß § 29 Abs 3 Z 2 StROG 2010 entsprechend den Vorgaben des „Smart City Projekt Graz Mitte“

- Erstellung eines Bodengutachtens mit Sanierungskonzept - Erfordernis der Bodensanierung bzw. der fachgerechten Deponierung von Aushubmaterial (entsprechend den Vorgaben des Umweltbundesamtes)

e) Teilbereich E - LIST-HALLE:

T.v. Grdst Nr. 1184/2, KG 63104 Lend

Die bisher als „Industrie- und Gewerbegebiet 1“, BD 0,2 - 2,5 ausgewiesenen Flächen von ca. 0,75 ha im Bereich der List-Halle werden in **„Industrie- und Gewerbegebiet 1“, BD 0,2 - 2,0** mit zeitlich nachfolgender Nutzung **„Kerngebiet“ - Aufschließungsgebiet, BD 0,5 - 2,0** geändert. Als Eintrittszeitpunkt für die zeitliche nachfolgende Nutzung wird die Aufgabe der betrieblichen Nutzung, spätestens jedoch der 01.01.2017 festgelegt.

Im östlichen Bereich wird eine Verbindungsfläche von ca. 0,07 ha als **„Verkehrsfläche, überlagert mit Industrie- und Gewerbegebiet 1 mit zeitlich nachfolgender Nutzung Kerngebiet, BD 0,2 – 2,0“** festgelegt. Die von einer Baulandnutzung freizuhaltende Lichtraumhöhe der Verkehrsfläche wird mit mind. 7,5 m festgelegt.

Als **Aufschließungserfordernisse** werden festgelegt:

- Anbindung an das öffentliche Straßen- und Wegenetz (insbesondere an das hochrangige Straßennetz L333, L333c, B67)
- Innere Erschließung (Verkehr und technische Infrastruktur)
- Prüfung der vom Straßenverkehr ausgehenden Lärmbelastung und Ausführung von aktiven und/ oder passiven Lärmschutzmaßnahmen
- Prüfung der von der ÖBB-Bahntrasse ausgehenden Lärmbelastung und Ausführung von aktiven und/ oder passiven Lärmschutzmaßnahmen

Aufgrund des öffentlichen Interesses wird festgelegt (Umsetzung im Bebauungsplan):

- Bebauungsplanpflicht gemäß § 29 Abs 3 Z 3 StROG 2010
- Maßnahmen zur Förderung der Sanften Mobilität gemäß § 29 Abs 3 Z 2 StROG 2010 entsprechend den Vorgaben des „Smart City Projekt Graz Mitte“
- Einhaltung der Sicherheitsabstände zur ÖBB-Bahntrasse gemäß Eisenbahngesetz
- Erstellung eines Bodengutachtens mit Sanierungskonzept - Erfordernis der Bodensanierung bzw. der fachgerechten Deponierung von Aushubmaterial (entsprechend den Vorgaben des Umweltbundesamtes)

f) Teilbereich F - SÜD:

Grdst Nr. 1087/6 sowie T.v. Grdst Nr. 1184/2, KG 63104 Lend

Eine bisher als „Industrie- und Gewerbegebiet 1“, BD 0,2 - 2,5 ausgewiesene Fläche von ca. 1,15 ha östlich der Waagner-Biro-Straße wird in **„Kerngebiet“ - Aufschließungsgebiet, BD 0,5 - 2,0** geändert.

Als **Aufschließungserfordernisse** werden festgelegt:

- Anbindung an das öffentliche Straßen- und Wegenetz (insbesondere an das hochrangige Straßennetz L333, L333c, B67)

- Innere Erschließung (Verkehr und technische Infrastruktur)
- Prüfung der vom Straßenverkehr ausgehenden Lärmbelastung und Ausführung von aktiven und/ oder passiven Lärmschutzmaßnahmen
- Prüfung der von der ÖBB-Bahntrasse ausgehenden Lärmbelastung und Ausführung von aktiven und/ oder passiven Lärmschutzmaßnahmen

Aufgrund des öffentlichen Interesses wird festgelegt (Umsetzung im Bebauungsplan):

- Bebauungsplanpflicht gemäß § 29 Abs 3 Z 3 StROG 2010
- Maßnahmen zur Förderung der Sanften Mobilität gemäß § 29 Abs 3 Z 2 StROG 2010 entsprechend den Vorgaben des „Smart City Projekt Graz Mitte“
- Einhaltung der Sicherheitsabstände zur ÖBB-Bahntrasse gemäß Eisenbahngesetz
- Erstellung eines Bodengutachtens mit Sanierungskonzept - Erfordernis der Bodensanierung bzw. der fachgerechten Deponierung von Aushubmaterial (entsprechend den Vorgaben des Umweltbundesamtes)

g) Für die unter Pkt. a) bis f) angeführten künftigen Aufschließungsgebiete wird die **Pflicht zur Erstellung eines Bebauungsplanes** verordnet. Sofern eine zeitlich nachfolgende Nutzung festgelegt ist, tritt diese Pflicht erst mit dem Eintrittszeitpunkt der nachfolgenden Nutzung, spätestens jedoch mit 01.01.2017 in Kraft.

h) Verkehrsflächen östlich der Waagner-Biro-Straße

Bisher als „Industrie- und Gewerbegebiet 1“ ausgewiesene Flächen, welche zukünftig für die Abwicklung des fließenden und ruhenden Verkehrs sowie für die Aufschließung der Baulandflächen östlich der Waagner-Biro-Straße erforderlich sind, werden als **Verkehrsfläche** festgelegt.

i) Im Flächenwidmungsplan werden zwei mögliche Varianten der Straßenbahnführung ersichtlich gemacht.

Der Entwurf zum 3.21 Flächenwidmungsplan 2002 der Landeshauptstadt Graz - 21. Änderung 2013 liegt in der Stadtplanung, Europaplatz 20, VI. Stock, in der Zeit vom

30. Mai 2013 bis 26. Juli 2013

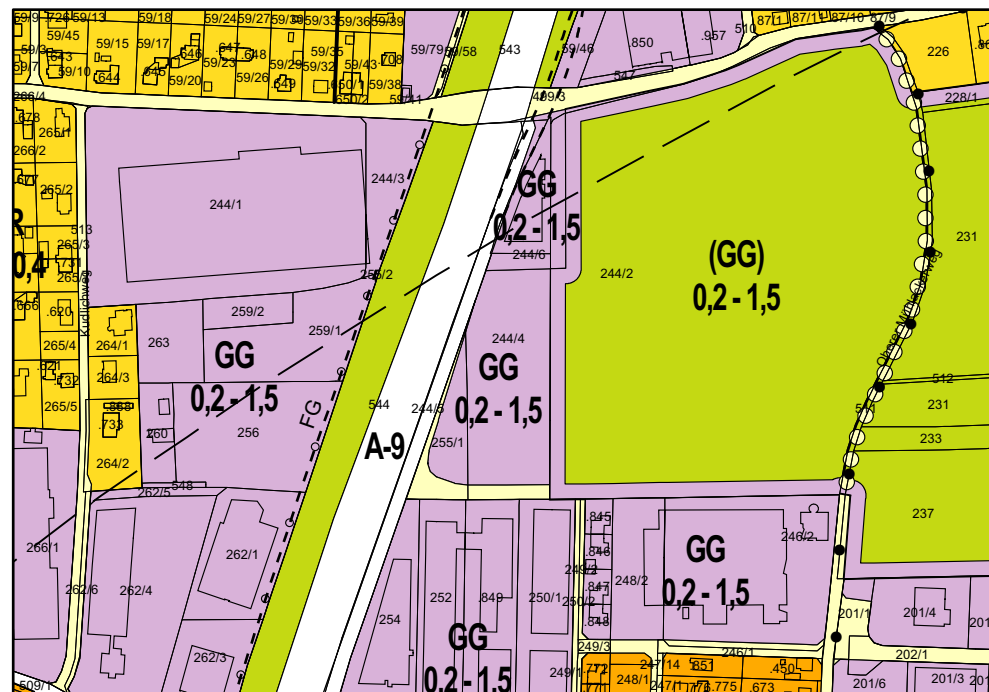
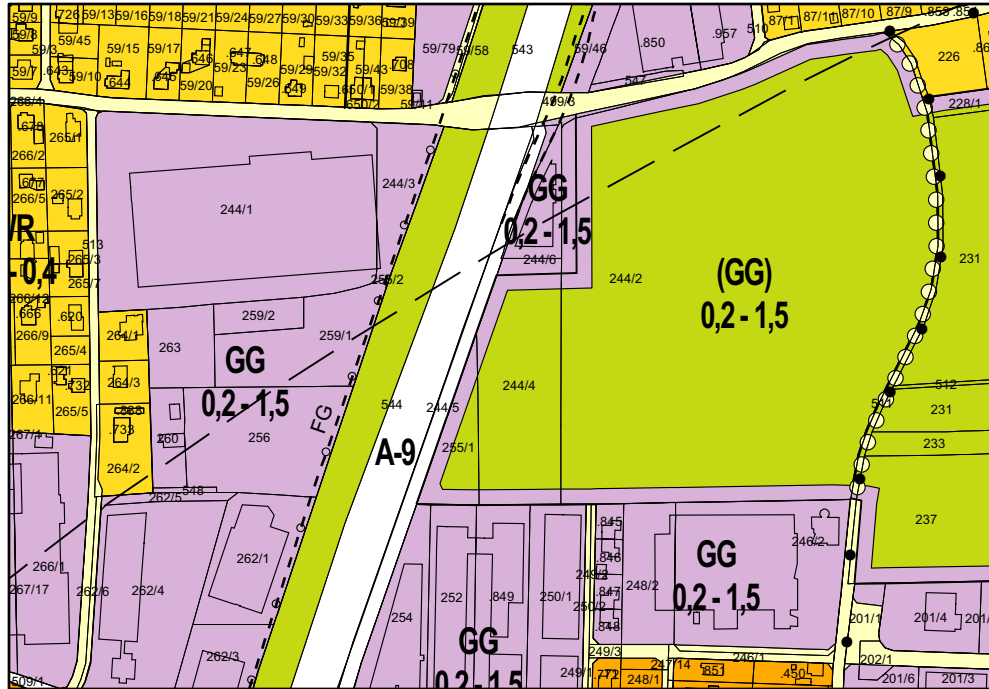
zur allgemeinen Einsicht auf. Während der Parteienverkehrszeiten, das ist jeweils Dienstag und Freitag von 8:00 bis 12:00 Uhr, erfolgt in der Stadtplanung eine Auskunfts- und Beratungstätigkeit.

Innerhalb der Auflagefrist können Einwendungen schriftlich und begründet im Stadtplanungsamt, Europaplatz 20, VI. Stock, bekannt gegeben werden.

Der Bürgermeister:

Mag. Siegfried Nagl

3.21 FLÄCHENWIDMUNGSPLAN 2002 DER LANDESHAUPTSTADT GRAZ 21. ÄNDERUNG 2013 A-14-K-757/2002-1227/1228



M 1:5000

ENTWURFSAUFLAGE VOM 30.05.2013 bis 26.07.2013

GR-BESCHLUSS VOM

RECHTSWIRKSAM AB

0 50 100 200 Meter

Für den Gemeinderat:



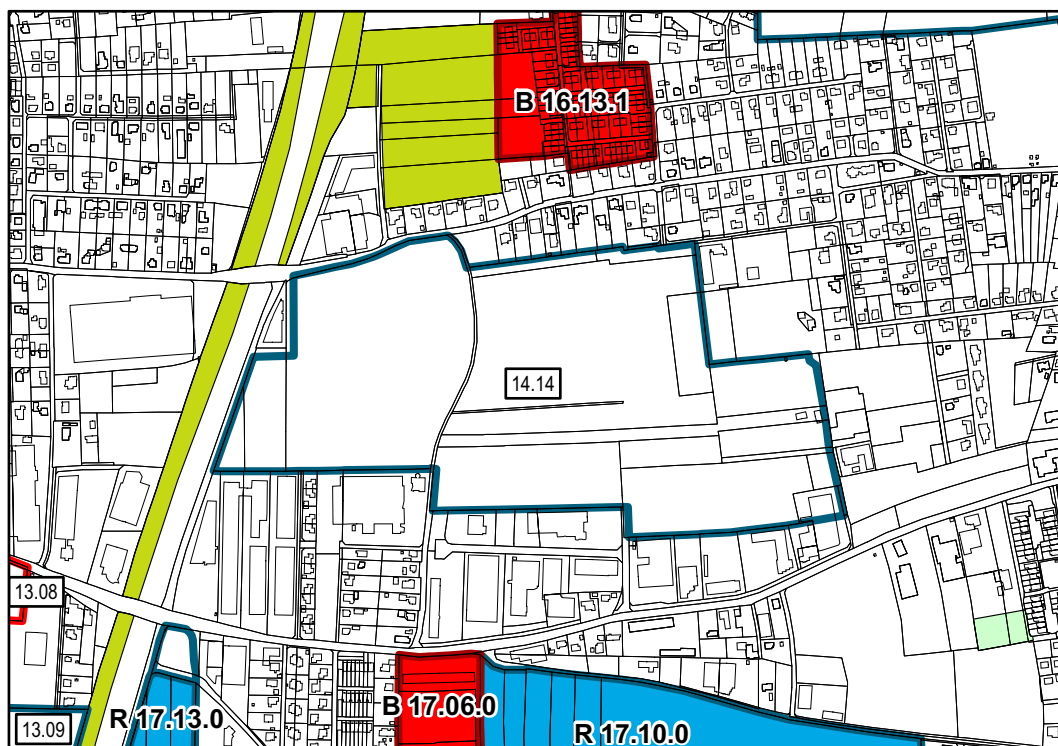
STADT
GRAZ
STADTPLANUNG

Dipl.-Ing. Bernhard Inninger



3.21 FLÄCHENWIDMUNGSPLAN 2002 DER LANDESHAUPTSTADT GRAZ 21. ÄNDERUNG 2013 A14-K-757/2002-1227/1228 Deckplan 1 (Baulandzonierung) 6. Änderung 2013

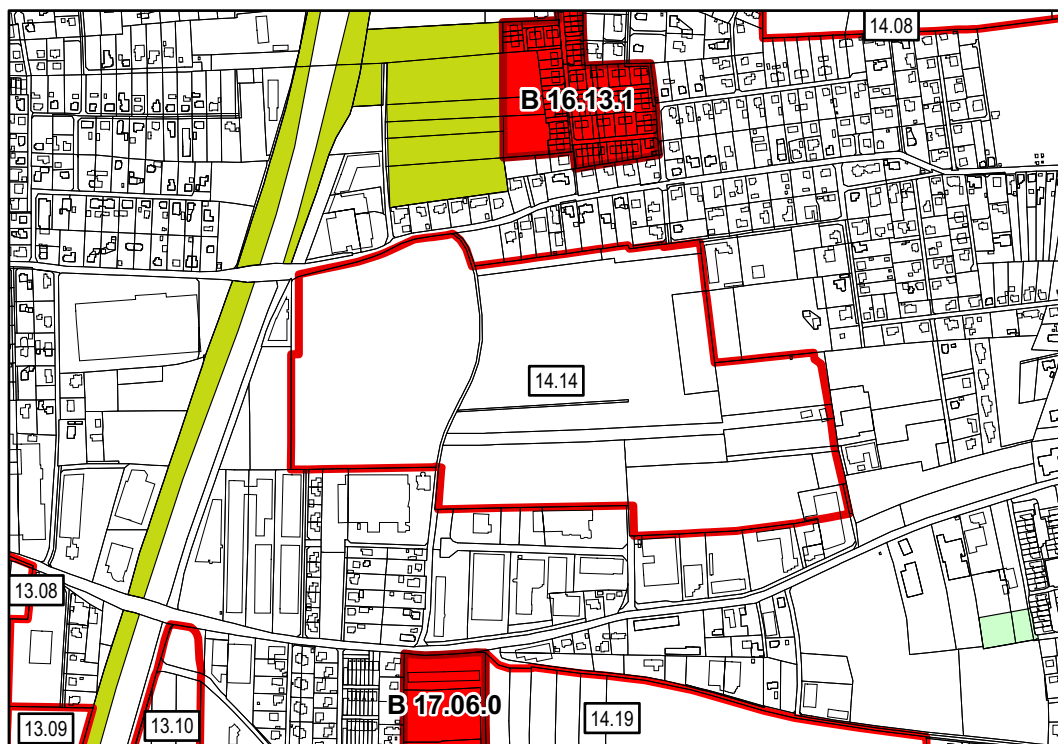
1a



IST



BEBAUUNGSRICHTLINIE ERFORDERLICH
Zur Sicherstellung einer geordneten
Siedlungsentwicklung in
Industrie- und Gewerbegebieten



SOLL

ENTWURFSAUFLAGE VOM 30.05.2013 - 26.07.2013

GR-BESCHLUSS VOM

RECHTSWIRKSAM AB

Für den Gemeinderat:

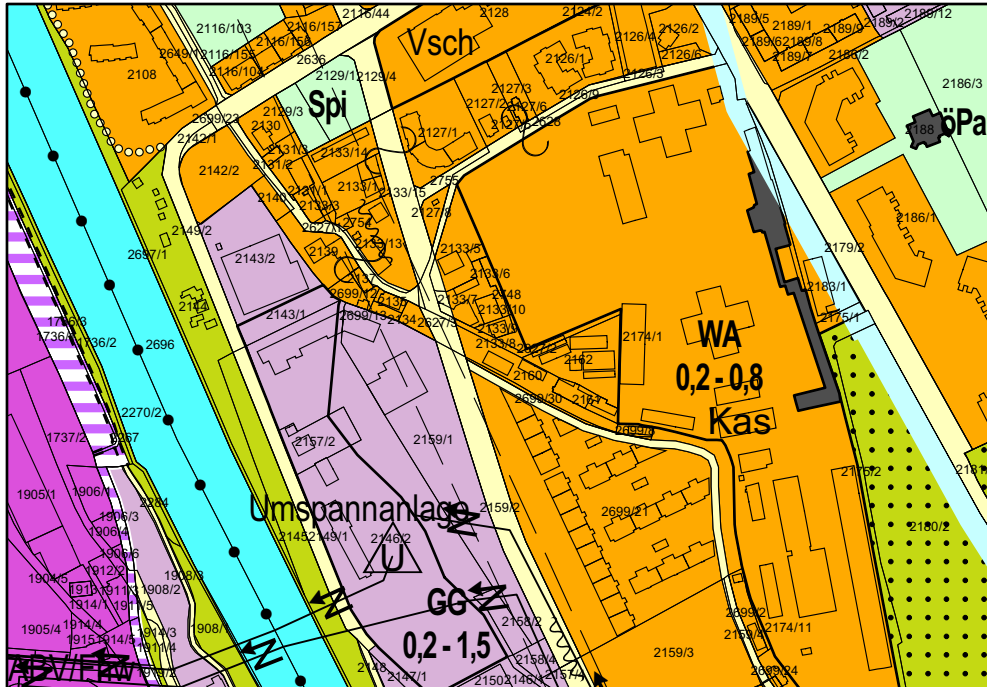


1:10.000

0 100 200 Meter

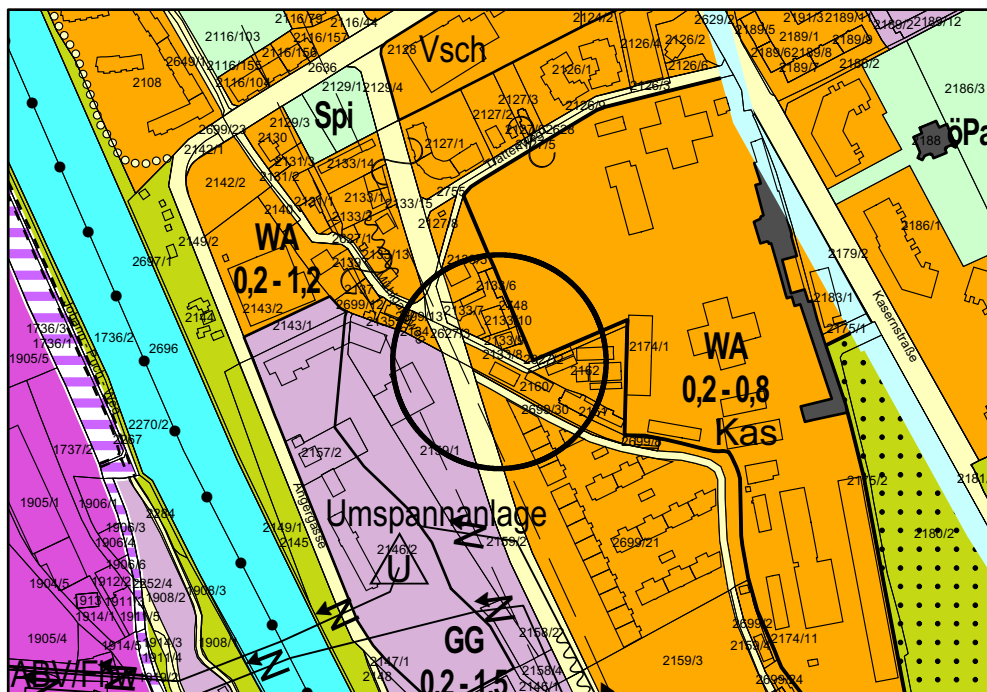
DI Bernhard INNINGER

3.21 FLÄCHENWIDMUNGSPLAN 2002 DER LANDESHAUPTSTADT GRAZ 21. ÄNDERUNG 2013 A-14-K-757/2002-1135



IST

3.19 FLWPL



SOLL

3.21 FLWPL
21. Änderung 2013

M 1:5000

ENTWURFSAUFLAGE VOM 30.05.2013 bis 26.07.2013

GR-BESCHLUSS VOM

RECHTSWIRKSAM AB

0 50 100 200 Meter

Für den Gemeinderat:



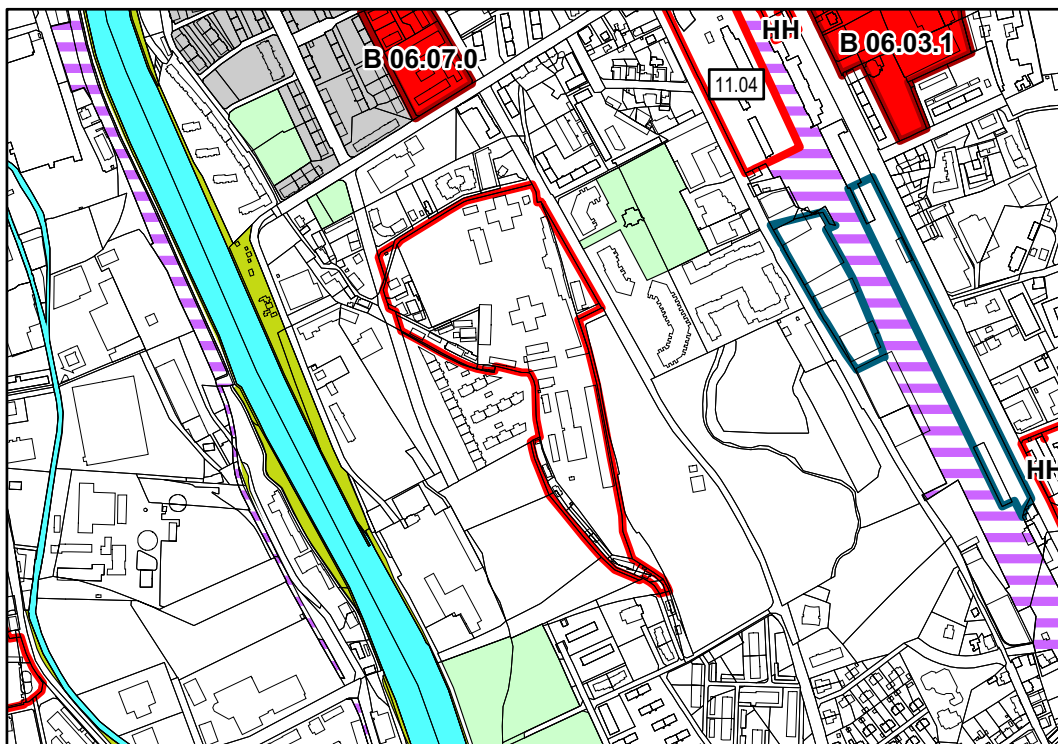
STADT

Dipl.-Ing. Bernhard Inninger



3.21 FLÄCHENWIDMUNGSPLAN 2002 DER LANDESHAUPTSTADT GRAZ 21. ÄNDERUNG 2013 A14-K-757/2002-1135 Deckplan 1 (Baulandzonierung) 6. Änderung 2013

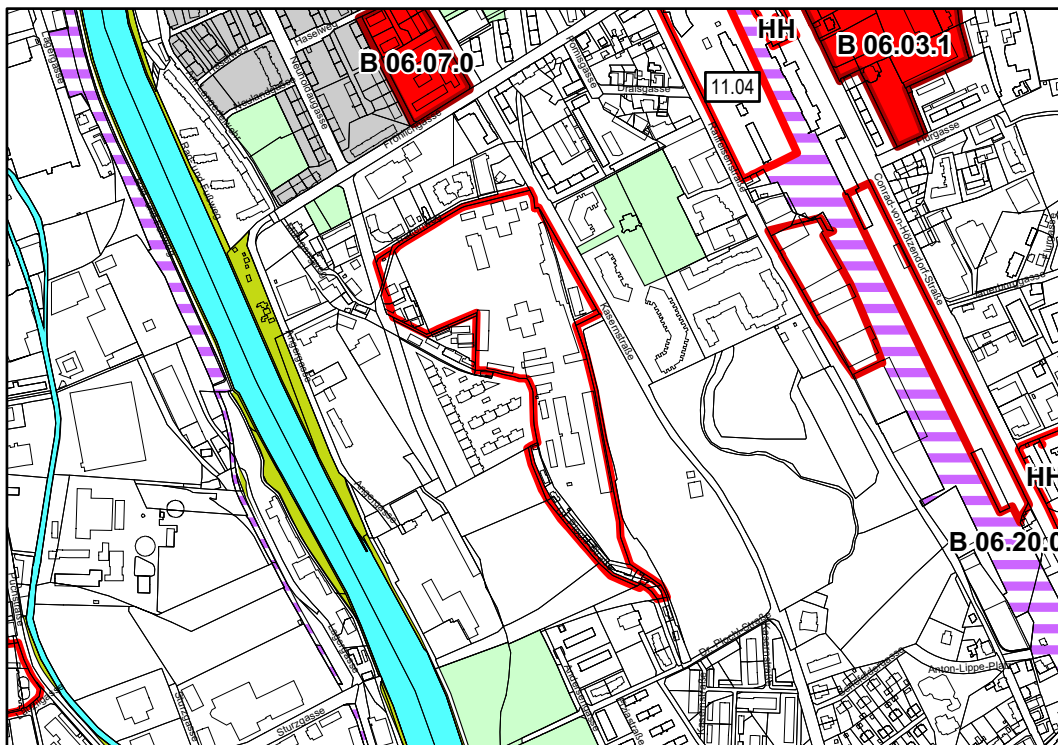
2a



IST



BEBAUUNGSPLAN ERFORDERLICH
Zur Sicherstellung einer geordneten
Siedlungsentwicklung



SOLL

ENTWURFSAUFLAGE VOM 30.05.2013 - 26.07.2013

GR-BESCHLUSS VOM

RECHTSWIRKSAM AB

Für den Gemeinderat:

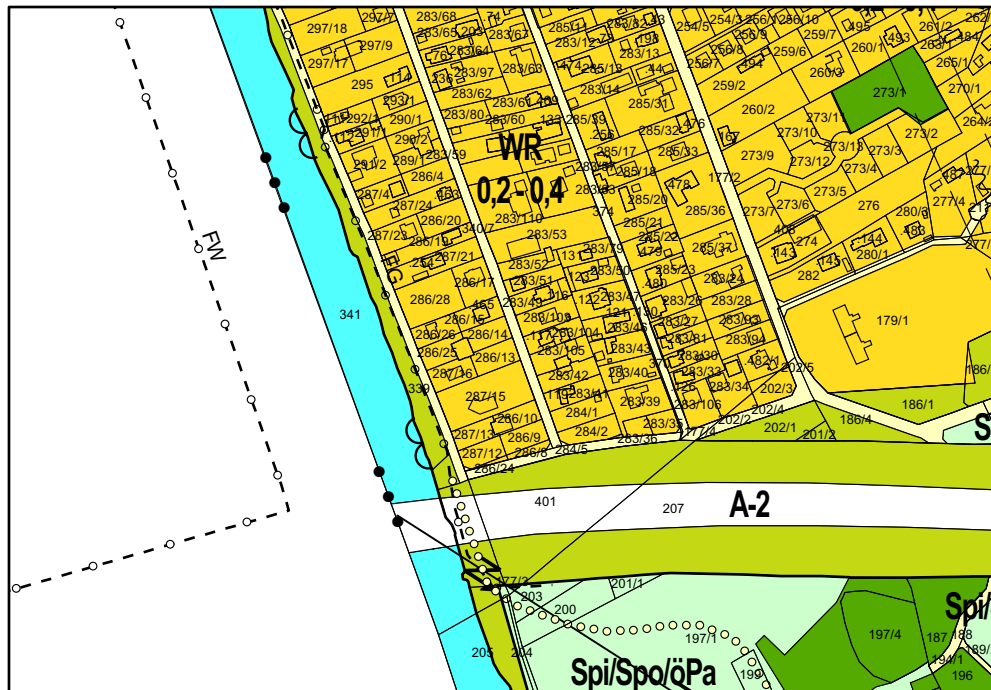


1:10.000

0 100 200 Meter

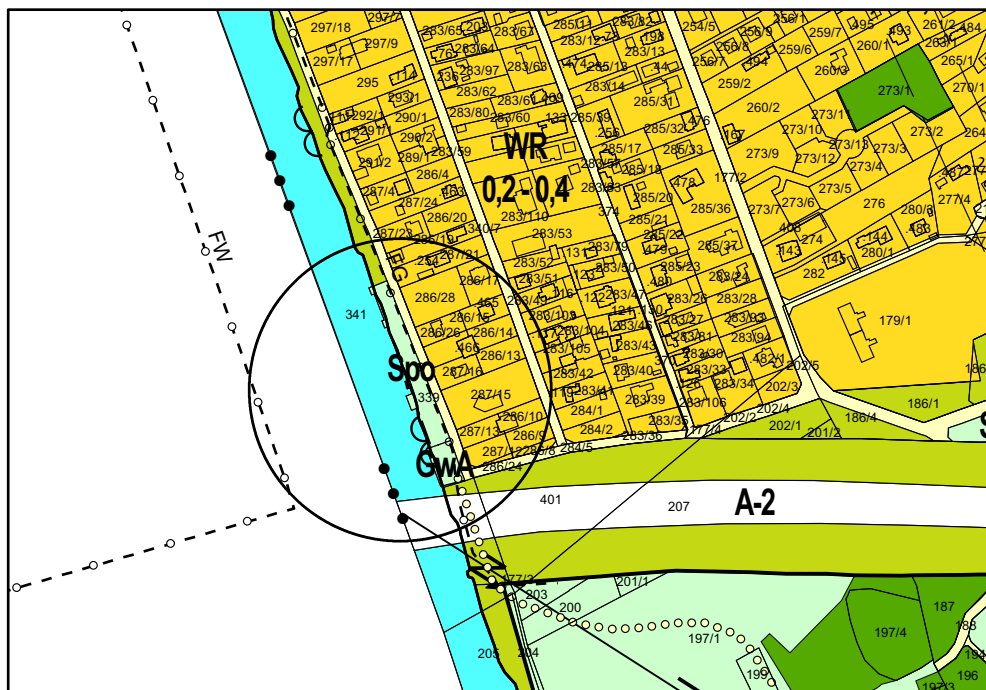
DI Bernhard INNINGER

3.21 FLÄCHENWIDMUNGSPLAN 2002 DER LANDESHAUPTSTADT GRAZ 21. ÄNDERUNG 2013 A-14-K-757/2002-1217



IST

3.19 FLWPL



SOLL

- Freiland Sondernutzung
- Spo...Sport
- Freiland Sondernutzung
- GwA... Gewässeraufsicht

3.21 FLWPL
21. Änderung 2013

M 1:5000

ENTWURFSAUFLAGE VOM 30.05.2013 bis 26.07.2013

GR-BESCHLUSS VOM

RECHTSWIRKSAM AB

0 50 100 200 Meter

Für den Gemeinderat:

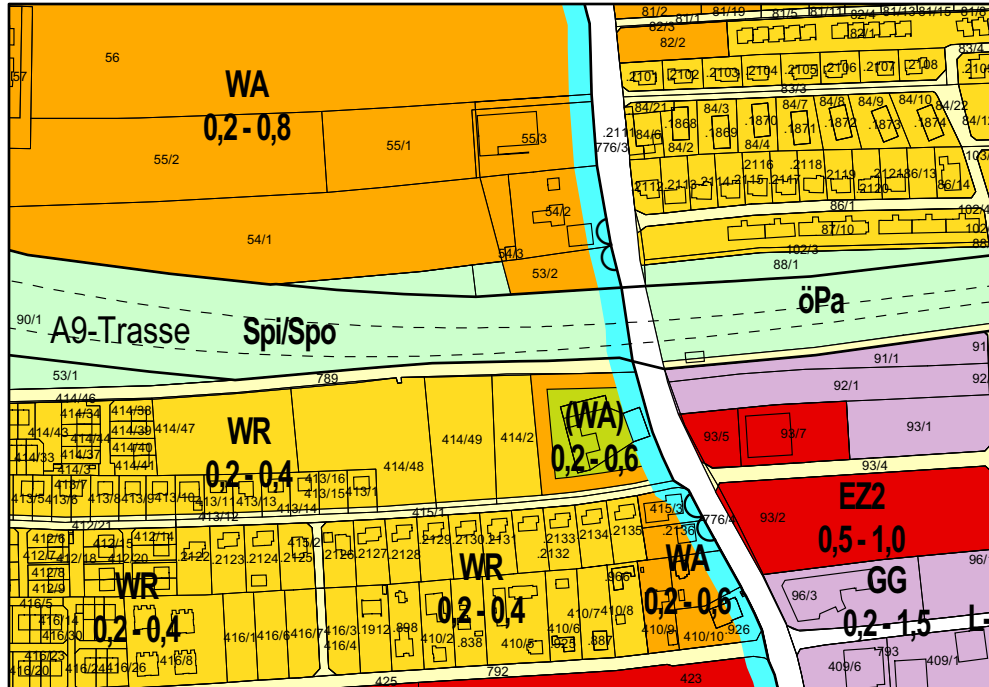


STADT

Dipl.-Ing. Bernhard Inninger

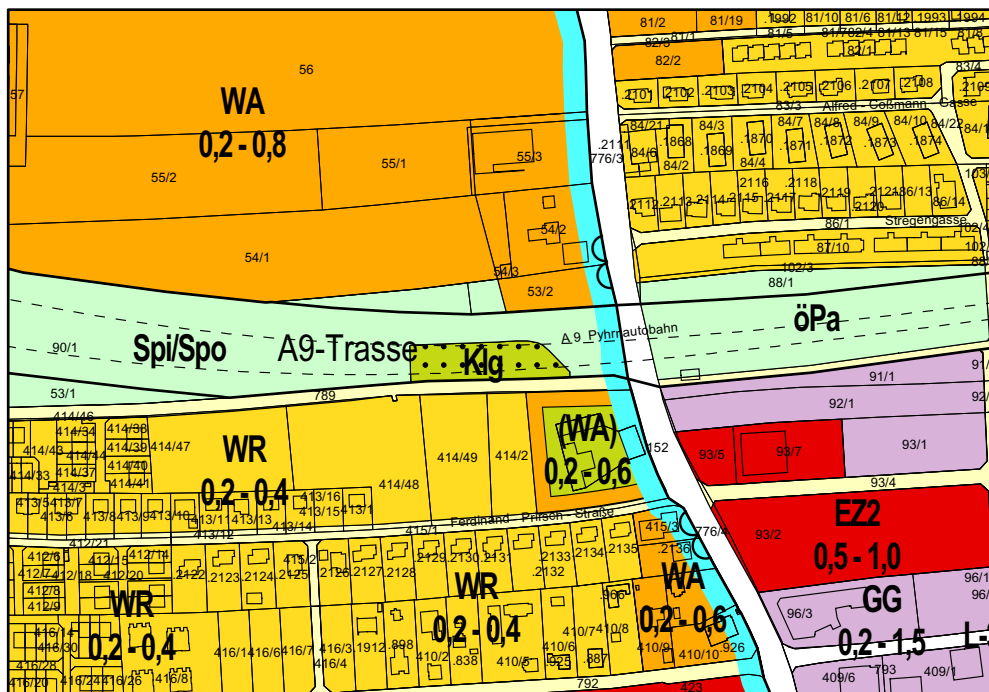


3.21 FLÄCHENWIDMUNGSPLAN 2002 DER LANDESHAUPTSTADT GRAZ 21. ÄNDERUNG 2013 A-14-K-757/2002-1214



IST

3.19 FLWPL



SOLL

3.21 FLWPL
21. Änderung 2013

M 1:5000

ENTWURFSAUFLAGE VOM 30.05.2013 bis 26.07.2013

GR-BESCHLUSS VOM

RECHTSWIRKSAM AB

0 50 100 200 Meter

Für den Gemeinderat:

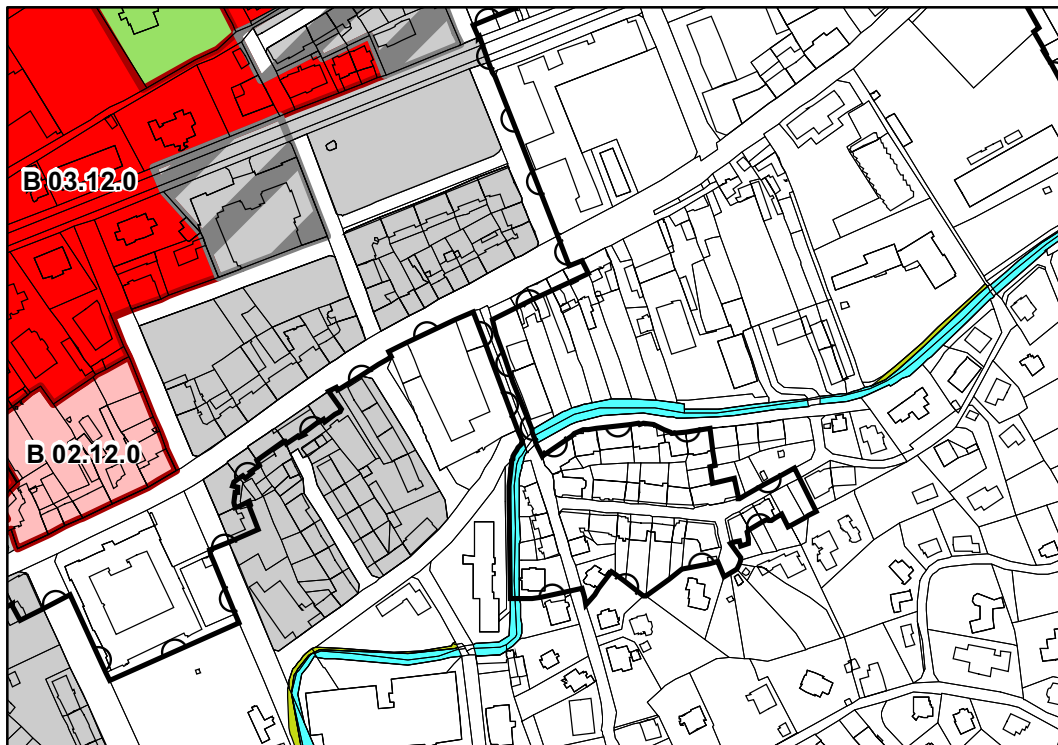


STADT

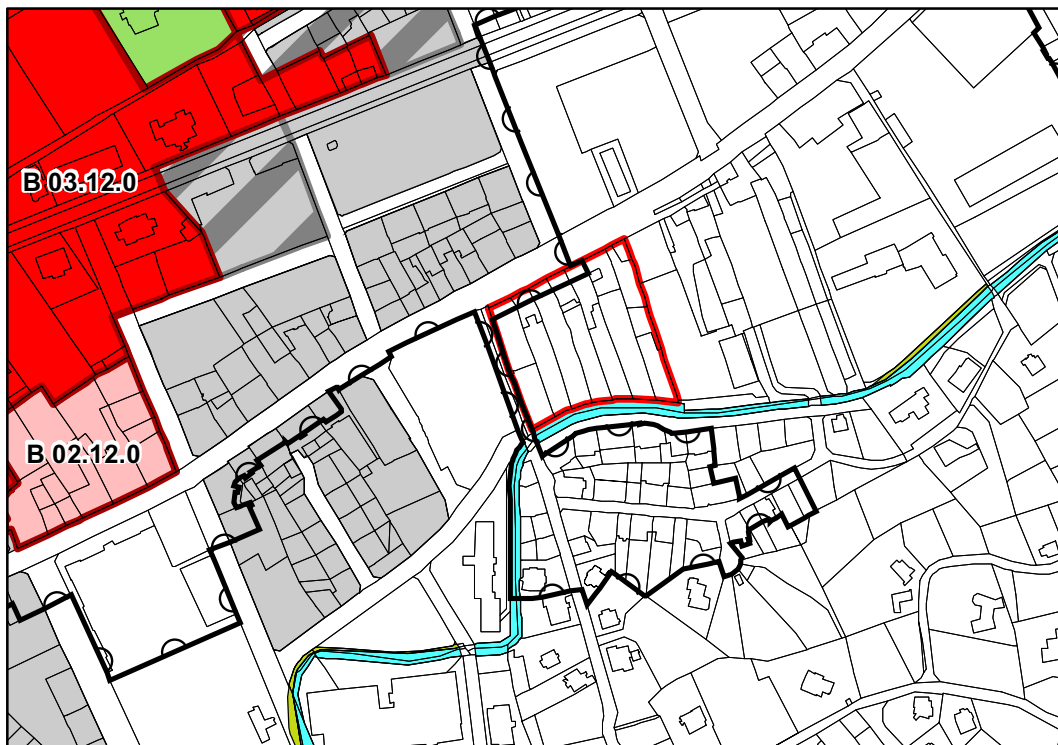
Dipl.-Ing. Bernhard Inninger



3.21 FLÄCHENWIDMUNGSPLAN 2002
 DER LANDESHAUPTSTADT GRAZ
 21. ÄNDERUNG 2013 A14-K-757/2002-1230
 Deckplan 1 (Baulandzonierung) 6. Änderung 2013



IST



SOLL



BEBAUUNGSPLAN ERFORDERLICH
 Zur Sicherstellung einer geordneten
 Siedlungsentwicklung

ENTWURFSAUFLAGE VOM 30.05.2013 - 26.07.2013

GR-BESCHLUSS VOM

RECHTSWIRKSAM AB

Für den Gemeinderat:



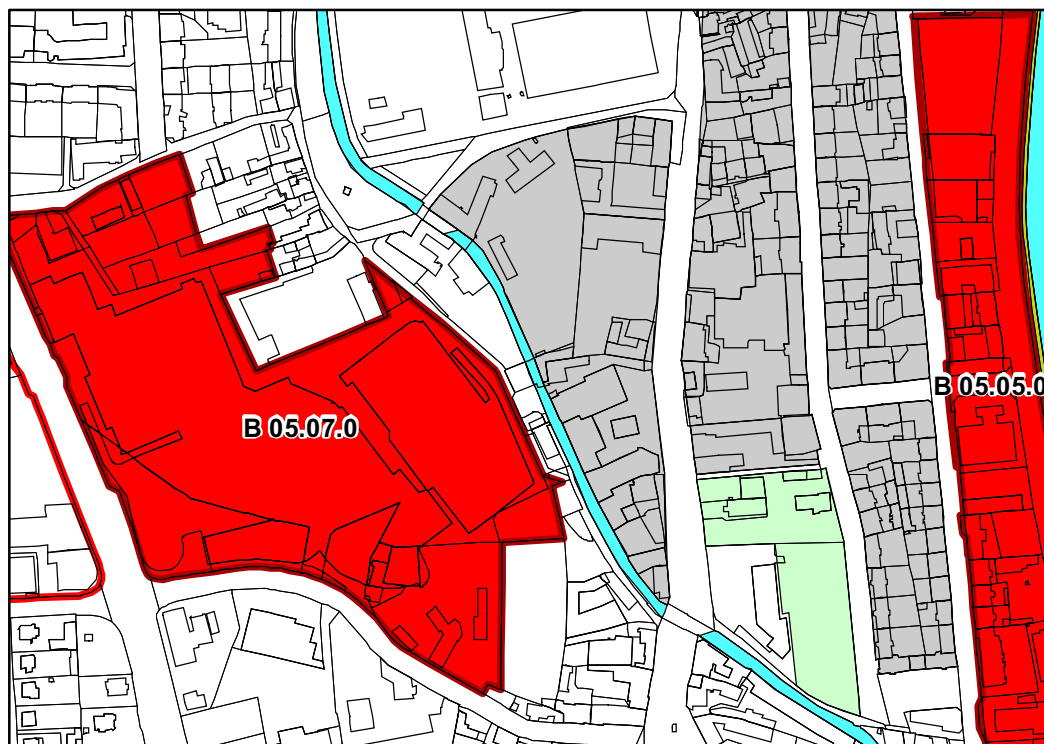
1:5.000

0 100 200 Meter

DI Bernhard INNINGER

3.21 FLÄCHENWIDMUNGSPLAN 2002 DER LANDESHAUPTSTADT GRAZ 21. ÄNDERUNG 2013 A14-K-757/2002-1232 Deckplan 1 (Baulandzonierung) 6. Änderung 2013

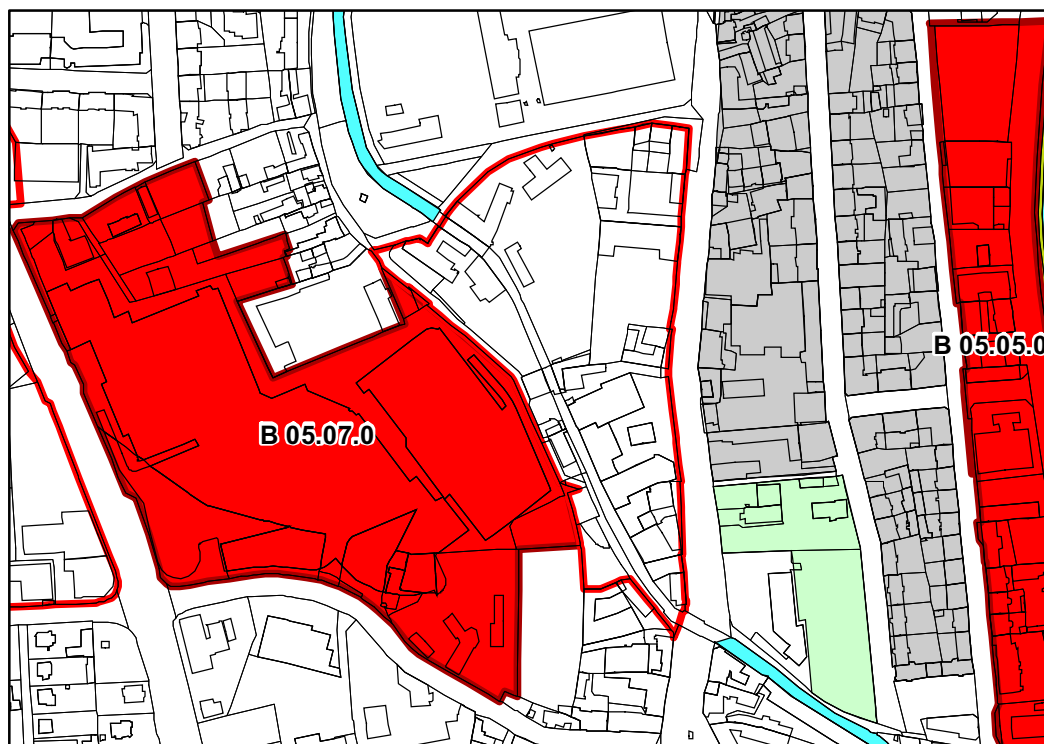
6



IST



BEBAUUNGSPLAN ERFORDERLICH
Geschlossene Siedlungsbereiche
mit Innenhöfen und Vorgärten
(gemäß 3.0 STEK, Pkt 2.2.4)



SOLL



BEBAUUNGSPLAN ERFORDERLICH
Zur Sicherstellung einer geordneten
Siedlungsentwicklung

ENTWURFSAUFLAGE VOM 30.05.2013 - 26.07.2013

GR-BESCHLUSS VOM

RECHTSWIRKSAM AB

Für den Gemeinderat:

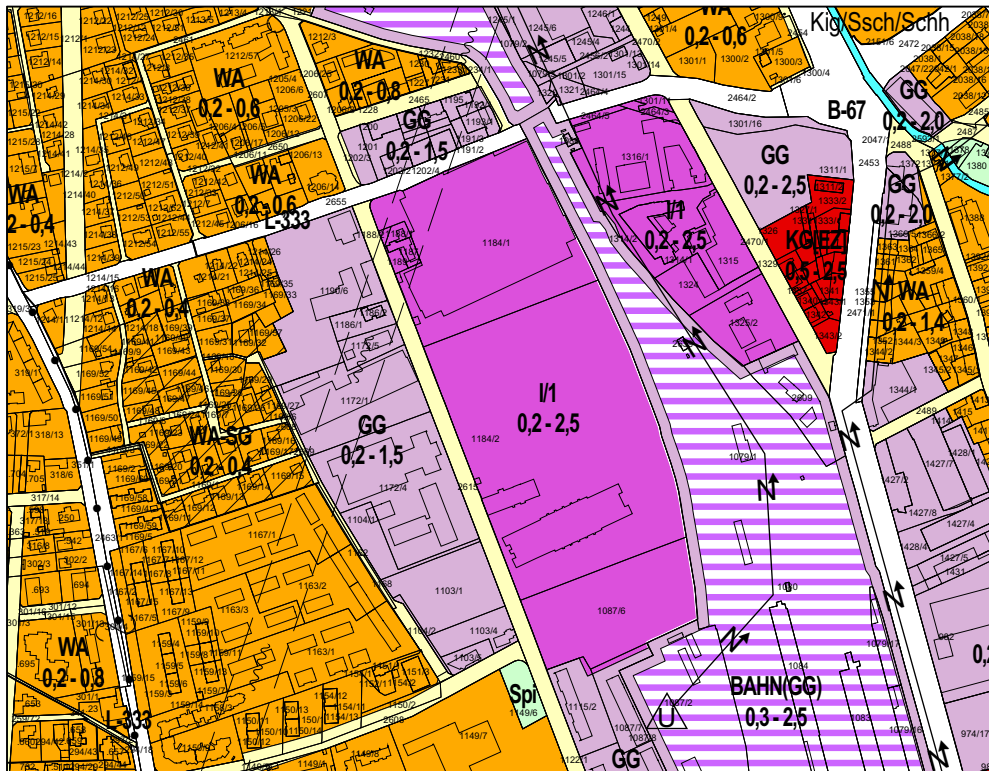


1:5.000

0 100 200 Meter

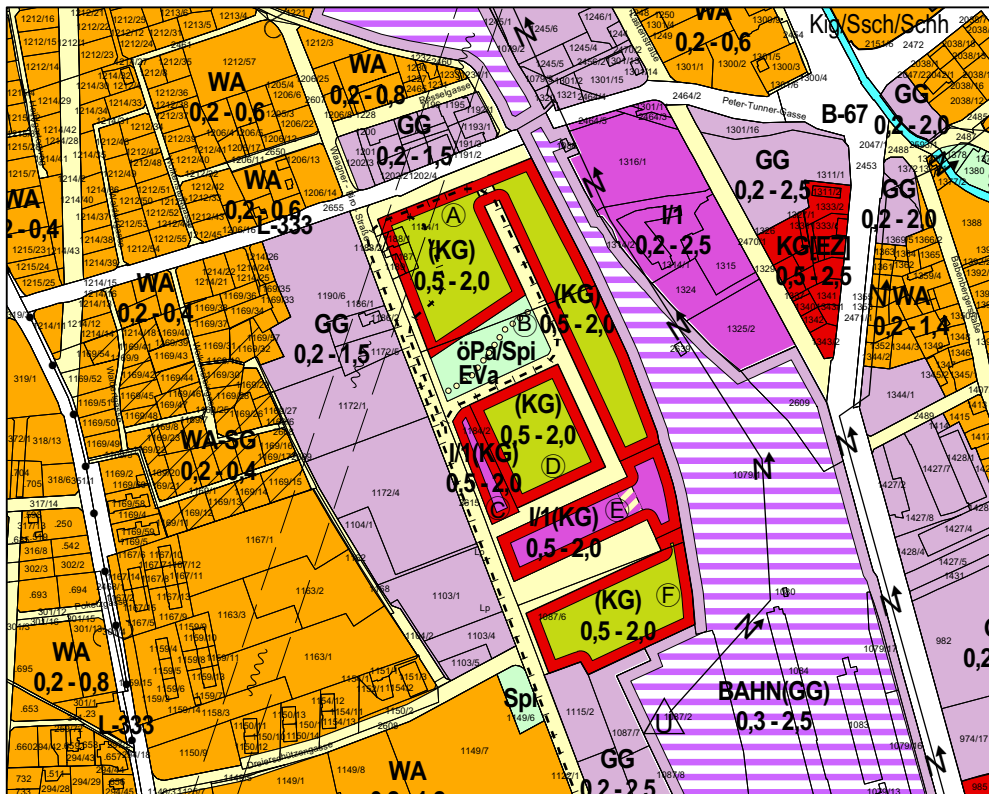
DI Bernhard INNINGER

3.21 FLÄCHENWIDMUNGSPLAN 2002
DER LANDESHAUPTSTADT GRAZ
21. ÄNDERUNG 2013 A-14-K-757/2002-1092/1094/1097



IST

3.19 FLWPL



SOLL

A) - F) Teilbereiche
lt. Verordnung zu
Pkt 10. a-f

3.21 FLWPL
21. Änderung 2013

0 50 100 200 Meter

ENTWURFSAUFLAGE VOM 30.05.2013 bis 26.07.2013

GR-BESCHLUSS VOM

RECHTSWIRKSAM AB

Für den Gemeinderat:



Dipl.-Ing. Bernhard Inninger

A14-K-978/2007-171

VERORDNUNG

4.0 Stadtentwicklungskonzept der Landeshauptstadt Graz

Mit Bescheid des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung, ABT 13-10.11 G 182/2013-62 vom 27. Mai 2013 wurde das 4.0 Stadtentwicklungskonzept der Landeshauptstadt Graz – örtliches Entwicklungskonzept gemäß § 21 des Steiermärkischen Raumordnungsgesetzes 2010, LGBl. Nr. 49/2010 idF LGBl. Nr. 44/2012 – in der am 14. Juni 2012 und 28. Februar 2013 vom Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz beschlossenen Fassung genehmigt.

§1

Das 4.0 Stadtentwicklungskonzept der Landeshauptstadt Graz besteht aus dem Wortlaut (Verordnung), der zeichnerischen Darstellung (Entwicklungsplan) samt Planzeichenerklärung und den folgenden Deckplänen:

- Regionales Entwicklungsprogramm (Deckplan 1)
- Nutzungsbeschränkungen (Deckplan 2)
- Verkehr (Deckplan 3)
- Verkehrslärm (Deckplan 4)

§ 2

Die Rechtswirksamkeit des 4.0 Stadtentwicklungskonzept der Landeshauptstadt Graz beginnt gemäß § 101 Abs 7 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967 mit dem Ablauf des Tages der Kundmachung (Herausgabe des Amtsblattes).

Das 4.0 Stadtentwicklungskonzept der Landeshauptstadt Graz liegt im Stadtplanungsamt, Europaplatz 20, VI. Stock, während der Amtsstunden zur allgemeinen Einsicht auf und kann über die homepage der Stadt Graz www.graz.at bzw. www.stadtentwicklung.graz.at aufgerufen werden.

Der Bürgermeister:

Mag. Siegfried Nagl

A17-46840/2008-10

VERORDNUNG

XI., Am Josefbach 32,

Erklärung eines Naturschutzgebietes gemäß § 5 Abs 2 lit c) NSchG 1976

(Biotopschutzgebiet Bullmanngrund - Pflanzenschutz),

Grstke Nrn 948/1, 950/1, 948/4, KG Wenisbuch

des Bürgermeisters der Landeshauptstadt Graz vom 22.04.2013 betreffend die Unterschutzstellung von Teilen der Grstke Nrn 948/1, 950/1, 948/4, KG Wenisbuch, Am Josefbach 32.

Aufgrund des § 5 Abs 2 lit c) des Steiermärkischen Naturschutzgesetzes 1976, LGBl. Nr. 65 idGF LGBl. Nr. 44/2012, wird verordnet:

§ 1

Das Schutzgebiet, Grste Nr 948/1 – Wald, Nr 950/1 – Waldsaum und Wiesenfläche und Teil von Nr 948/4 – Wiesen- und Gartenfläche, KG Wenisbuch, im Ausmaß von ca. 8.200 m², wird gemäß dem einen integrierenden Bestandteil dieser Verordnung bildenden Plan aus den Katasterdaten der Stadt Graz im Maßstab von 1:1000 vom 08.08.2012 mit dem in schwarzer Umrandung gekennzeichneten Schutzgebiet zum Naturschutzgebiet – Pflanzenschutzgebiet erklärt.

§ 2

Die Unterschutzstellung dieses Biotopschutzgebietes mit mehr als 250 heimischen Pflanzenarten erfolgt zum Zwecke der Erhaltung und Entwicklung dieser Artenvielfalt in unterschiedlich strukturierten Lebensräumen und den damit verbundenen vielfältigen Pflanzengemeinschaften mit mosaikartiger Verzahnung.

§ 3

In diesem Naturschutzgebiet sind verboten:

- a) Bauliche Nutzungen - ausgenommen ist der der Bewirtschaftung dienende Bestand.
- b) Die Einbringung/Nachpflanzung pflegeintensiver Obstarten im Streuobstwiesenbestand ist unzulässig.
- c) Eine Gefährdung der bestehenden unterschiedlichen Pflanzengemeinschaften durch wiederholte fachunkundige, nicht selektive Pflege ist verboten.
- d) Die Entfernung anfallenden Totholzes aus dem Waldbereich des Schutzgebietes, das als Strukturholz den saprophagen Tierarten dient – ist verboten.

- e) Das Aufkommenlassen einer Verbuschung und die Wiederaufforstung der offenen Wiesenbereiche des Schutzgebietes ist zu unterbinden.
- f) Der Halbtrockenrasen des Schutzgebietes darf nur 1 x / Jahr gemäht werden, das Mähgut ist zu entfernen.

§ 4

Die Grazer Naturschutzbehörde kann spezielle Schutzmaßnahmen für das Schutzgebiet anordnen:

- a) Die Zurücknahme von Gebüsch und Waldsaumflächen zugunsten des angrenzenden Halbtrockenrasens des Schutzgebietes.
- b) Zur Bestandregulierung das Eindämmen einzelner dominanter Arten.
- c) Das Beseitigen invasiver Pflanzenarten samt Wurzelbereichen ab dem ersten Auftreten.
- d) Die eingezäunte Wiese ist öffentlich nicht zugänglich. Der bestehende Zaun ist zu erhalten.

§ 5

Wer den Bestimmungen der §§ 3 und 4 dieser Verordnung zuwiderhandelt, ist von der Bezirksverwaltungsbehörde mit einer Geldstrafe bis zu Euro 15.000,-- zu bestrafen.

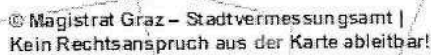
§ 6

Kundmachung

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Kundmachung im Amtsblatt der LH Graz bzw. der Grazer Zeitung in Kraft.

Der Bürgermeister:

Mag. Siegfried Nagl



Erstellt für Maßstab 1:1.000



Erstellungsdatum 08.08.2012

A-8011 Graz, Europaplatz 20

© Magistrat Graz - Stadtvermessung | Druck-, Satzfehler und Änderungen vorbehalten.
Nicht rechtsverbindlicher Ausdruck der Katasterdaten der Stadt Graz.





IMPRESSUM

AMTSBLATT DER LANDESHAUPTSTADT GRAZ

Medieninhaber und Herausgeber: Magistrat Graz – Präsidialamt


DVR 0051853

Verantwortlich im Sinne des Mediengesetzes: Dr. Ursula Hammerl, Rathaus 2. Stock, Tür 216.

Redaktion: Wolfgang Polz, Rathaus, 3. Stock, Tür 310, Telefon 0316/872-2316,
Telefax 0316/872-2319; E-Mail: wolfgang.polz@stadt.graz.at

Ausdrucke des Amtsblattes sind gegen Kostenersatz in der Präsidialkanzlei,
Rathaus, 2. Stock, Tür 224, Telefon 0316/872-2302.

Erscheint jeweils am zweiten Mittwoch nach den Gemeinderatssitzungen bzw. nach Bedarf.

	Signiert von	Hammerl Ursula
	Zertifikat	CN=Hammerl Ursula,OU=Präsidialabteilung,O=Stadt Graz, L=Graz,ST=Styria,C=AT
	Datum/Zeit	2013-05-29T10:43:07+02:00
	Hinweis	Dieses Dokument wurde digital signiert und kann unter: http://egov2.graz.gv.at/pdf-as verifiziert werden.